

T-1 Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.10.2020
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung & Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1 - Begrüßung & Formalia
- 2 TOP 2 - Links sein in schwierigen Zeiten - Strategien zur Bundestagswahl 2021
- 3 TOP 3 - Arbeitsbereiche und Teams
- 4 TOP 4 - Aktuelle politische Lage
- 5 TOP 5 - Verschiedenes

P-1 2021 zum Jahr der Veränderung machen - gemeinsam, strategisch, mutig

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 20.11.2020
Tagesordnungspunkt: P Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 **2021 zum Jahr der Veränderung machen - gemeinsam,**
2 **strategisch, mutig**

3 **Die Bundestagswahl naht!** Auf dem 54. Bundeskongress haben wir die Leitlinien
4 unserer Kampagne beschlossen. Für den gemeinsamen Kampf für mehr Gerechtigkeit
5 wollen wir als Verband an einem Strang ziehen. An allen Ecken machen wir uns
6 bereit, die größte und schlagkräftigste Kampagne auf die Straßen zu bringen, die
7 die Grüne Jugend je gesehen hat.

8 Mit unserer dezentralen Kampagnenstrategie knüpfen wir an die Erfolge der
9 letzten Wahlkämpfe an, mit dem thematischen Fokus ermöglichen wir, mit unseren
10 Forderungen auch in die Gesellschaft vorzudringen. Als eigenständig auftretender
11 linker Verband positionieren wir uns, um Themen in den Diskurs einbringen und
12 ein Gegennarrativ zu jenen aufzeigen, die die Krise auf dem Rücken der Ärmsten
13 austragen. Wir wollen Anknüpfungspunkt für weitere Bewegungen sein und uns als
14 Verband kräftig weiterbilden. Gemeinsam mit vielen anderen nutzen wir die
15 politisierte Zeit des Wahlkampfes, um klar zu machen: Eine gerechtere
16 Gesellschaft ist möglich und Veränderung notwendig. Unser Erfolg dabei hängt
17 nicht allein an einem guten Grünen Ergebnis.

18 **Nur gemeinsam sind wir stark!** In unserem Wahlkampf wollen wir junge Menschen
19 erreichen, die genug haben vom Status Quo. In der Grünen Jugend kämpfen wir
20 mittlerweile mit knapp 15.000 Menschen gemeinsam für tiefgreifende Veränderung.
21 Aber es geht nicht nur darum, dass Menschen zur Wahl ein Kreuz machen. In der
22 Wahlzeit wollen wir viele neue Menschen mobilisieren und sie für ein Engagement
23 in der Grünen Jugend und für den gemeinsamen Kampf für eine gerechte Zukunft
24 begeistern. Mit unserem inhaltlichen Schwerpunkt wollen wir nah an den
25 Lebensrealitäten von vielen Menschen anknüpfen, die Ungerechtigkeiten erleben
26 und ihnen ein politisches Angebot machen, sich gemeinsam mit anderen zu
27 organisieren um die Verhältnisse zu überwinden, die für die erlebte
28 Ungerechtigkeit verantwortlich sind. Bei ihrer Beseitigung wollen wir uns nicht
29 mit Scheinlösungen zufriedengeben, sondern wirklich etwas verändern! Schlechte

30 Bezahlung, hohe Mieten, Arbeitszeiten, die keine Zeit dafür lassen, sich um
31 Angehörige und Freund*innen zu kümmern oder einfach eine schöne Zeit zu haben,
32 das gehört zu unser aller Alltag und genau hier wollen wir anknüpfen. Wir wollen
33 nicht nur viele neuen Menschen erreichen, sondern ihnen auch Selbstwirksamkeit
34 ermöglichen und ihnen die Möglichkeit geben, Verantwortung zu übernehmen. So
35 nutzen wir den Wahlkampf um über den Wahltag hinaus als Verband in der Breite
36 stärker zu werden. Es gilt jetzt vor allem, uns für das kommende Jahr stark
37 aufzustellen und das große Potential, das unser Verband sich in den letzten
38 Jahren erarbeitet hat, im Wahljahr optimal abzurufen. Bundesvorstand und
39 Wahlkampfteam werden sich dafür gemeinsam an die Umsetzung des
40 Kampagnenbeschlusses des 54. Bundeskongresses machen und Strategien erarbeiten,
41 wie wir unsere Ziele am besten erreichen können. Dabei gilt es im Wahlkampf,
42 konkrete Auseinandersetzungen zuzuspitzen und maximalen Druck auf Veränderung in
43 diesen Bereichen zu legen. Das kann jedoch nur klappen, wenn alle dafür an einem
44 Strang ziehen: Nur wenn Ortsgruppen, Landesverbände und die Bundesebene zusammen
45 daran arbeiten wird die Umsetzung der Kampagne ein voller Erfolg. Den
46 Landesverbänden kommt dabei eine zentrale Rolle zu, einerseits in ihrer
47 Brückenfunktion zwischen Bundesebene und Ortsgruppen - und andererseits ganz
48 direkt als reichweitenstarke Multiplikatoren unserer Kampagne. Ob und wie stark
49 sich die Ortsgruppen - und mit ihnen die Aktivist*innen der Grünen Jugend - an
50 einer gemeinsamen Kampagne beteiligen, steht und fällt mit starken und aktiven
51 Landesverbänden. Die Ortsgruppen wiederum sind der Kern der Grünen Jugend: Hier
52 ist die große Mehrheit unserer Aktivist*innen aktiv, von hier aus wird der
53 Wahlkampf in die Gesellschaft getragen - und hier machen all die neuen Menschen,
54 die wir im Laufe des nächsten Jahres für uns begeistern, ihren ersten Kontakt
55 mit der Grünen Jugend. Keine Kampagne kann funktionieren, wenn sie nicht vor Ort
56 umgesetzt wird. Deswegen wollen wir im nächsten Jahr miteinander verstärkt in
57 Kontakt kommen über die Kampagne und Wege zu ihrer Umsetzung. Dabei soll uns die
58 Coronapandemie nicht im Weg stehen: Auch im Digitalen werden wir neue Formate
59 finden, um ganz unabhängig vom Pandemiegeschehen uns so professionell
60 aufzustellen, dass wir mit der Wahlkampagne auch auf Ortsebene weiter wachsen
61 können.

62 **Der Wandel endet nicht mit dem Wahltag!** Was nach der Wahl ist, kann heute noch
63 niemand wissen - klar ist aber, dass Grünes Regieren kein Selbstzweck ist,
64 sondern sich an den notwendigen Veränderungen messen lassen muss. Für das
65 "Weiter so" sind andere zuständig - eine Grüne Regierungsbeteiligung kann es nur
66 geben, wenn sichergestellt ist, dass es damit in entscheidenden Bereichen
67 deutliche Fortschritte gibt. Im Laufe des Jahres werden wir deshalb zentrale
68 Punkte definieren, an denen wir mögliche Ergebnisse von Koalitionsverhandlungen
69 messen werden. Welche das sind, werden wir auch auf den weiteren Länderräten im
70 Jahr 2021 debattieren. Klar ist, dass dabei unsere Grundüberzeugung als linker
71 Jugendverband und unsere eigenen Kampagnenthemen dabei eine wichtige Rolle
72 einnehmen werden. Und selbstverständlich werden wir auch während der
73 Koalitionsverhandlungen eine wichtige Rolle spielen und uns in den Verhandlungen
74 mit unseren Themen einbringen, sowohl intern als auch in unserer
75

76 Außenkommunikation. Wir machen klar: An uns wird man nicht vorbeikommen! Der
77 Wahltag darf auch nicht der Endpunkt unserer Entwicklung als Verband sein. Wir
78 werden vor neuen Herausforderungen stehen und aufbauend auf dem schon erreichten
79 als starke linke Jugendorganisation unseren Platz finden. Auch der beste
80 Koalitionsvertrag wird Druck von der Straße brauchen, deswegen werden wir auch
81 nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen, auf der Straße und in der
82 Ortsgruppe weiter für unsere Themen kämpfen - unabhängig davon, ob und wie Grüne
83 an der Regierung beteiligt sind oder nicht. Wir werden besonders in der
84 Nachwahlkampfphase unsere Ortsgruppen als Orte der Begegnung, Diskussion und
85 Strategiefindung stärken, bundesweit sichtbar sein und gemeinsam mit vielen
Aktivist*innen mit neuen Formaten auf die Fragen der Zeit antworten.

P-2 Schluss mit der Verharmlosung: Verschwörungsmmythen konsequent entgegentreten!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 20.11.2020
Tagesordnungspunkt: P Aktuelle politische Lage

Antragstext

Schluss mit der Verharmlosung: Verschwörungsmmythen konsequent entgegentreten!

Wir befinden uns in einer der größten Pandemien, mit welcher die Menschheit bisher umgehen musste. Weltweit hat sie bereits über 1,3 Millionen Menschenleben gekostet. Aus dieser Krise müssen Wege gefunden werden, die Menschenleben schützen und gleichzeitig Grundrechte wahren. Während ein Großteil der Menschen mit umfassenden Maßnahmen und Einschränkungen im persönlichen Umfeld versucht, die Folgen der Pandemie zu beschränken, formieren sich Verschwörungsideolog*innen dagegen. Verschwörungsanhänger*innen stellen auf gleich mehreren Ebene eine Gefahr da: Aufgrund ihrer antidemokratischen und menschenfeindlichen Ideologien an sich, aber auch durch ihre Demonstrationen, die ein massives Infektionsrisiko darstellen. Hygieneregeln werden bewusst missachtet, weder werden Masken getragen noch Abstand gehalten. Organisiert werden die Demonstrationen teils von altbekannten Akteur*innen der extrem rechten Szene: NPD-Funktionär*innen, Mitglieder verbotener Kameradschaften und Netzwerke oder bekannter Reichsbürger*innen. Die AfD zeigt keinerlei Berührungängste zu diesen, tritt als der parlamentarische Arm der Verschwörungsideolog*innen auf und verbreitet die Ideologie in den Parlamenten und der Öffentlichkeit.

Verschwörungsmmythen sind nicht harmlos, sondern gefährlich! Es ist kein Zufall, dass die rechte Bewegung bei diesen Demonstrationen so präsent ist. Der antisemitische Kern und der menschenfeindliche Gehalt der Verschwörungserzählungen passt ideologisch in ihr Weltbild. Der Glaube an eine "Elite" im Hintergrund, die durch Impfungen Menschen vergiften möchte, an eine "Steuerung" durch im verborgen agierende Mächte hat immer antisemitischen Gehalt. Verschwörungsideologien sind seit jeher zentraler Bestandteil der rechtsextremen Ideologie. Die selbsternannten "Hygiene-"Demos bieten eine gute Gelegenheit, mit einem öffentlich heiß diskutierten Thema Aufmerksamkeit zu erregen und sich als vermeintliche "Beschützer der Grundrechte" darzustellen.

30 Die Veranstalter*innen der Demonstrationen nutzen die Verunsicherung und die
31 Sorgen der Menschen durch die Pandemie bewusst aus. Zugleich bieten sie Orte der
32 neurechten Organisierung und der Erschließung neuer Zielgruppen. Für die
33 Anhänger*innen sind die Demonstrationen auch wesentlich zur Vernetzung und
34 führen dabei gleichzeitig zu einer immer stärkeren Radikalisierung der
35 Teilnehmer*innen. Unter dem Deckmantel "selbst", "kritisch" oder "quer" zu
36 denken, verbreiten die Anhänger*innen und Organisator*innen Verschwörungsmythen
37 und berufen sich dabei unter anderem auf antisemitische Erzählungen. Diese
38 antisemitischen Verschwörungsmythen sind dabei nicht etwa neu. Auf sie wird sich
39 schon seit Jahrhunderten berufen. In ihrem Deckmantel wurden und werden Pogrome
40 legitimiert. So waren sie auch elementarer Bestandteil der NS-Propaganda. Auch
41 deswegen ist es so grausam, dass sich die Menschen, die gegen die
42 Infektionsschutzmaßnahmen protestieren, mit Jüd*innen während des
43 Nationalsozialismus vergleichen. Denn sie sind keine Opfer! Sich als solche
44 darzustellen, ist Teil ihrer Strategie. Anhänger*innen dieser Mythen und
45 Erzählungen sind dabei keine "harmlosen Spinner", sondern verbreiten knallharte
46 rechte Ideologie. Klar ist: Wer auf "Querdenker"-Demonstrationen mitläuft, macht
47 sich mit Nazis gemein! Die öffentliche Reaktion darauf war lange Zeit
48 ernüchternd. Während in Leipzig im November tausende Rechte durch die Stadt
49 zogen, randalierten und Journalist*innen verfolgten, wurden linke Gegenproteste
50 kriminalisiert. Die Aufarbeitung dieses Tages darf nicht enden, bevor der
51 sächsische Innenminister Wöllner nicht zurückgetreten ist!

52 **Den Verschwörungsmythen einen Riegel verschieben!** Wir können nicht länger
53 tatenlos zusehen, wie "Querdenker*innen" versuchen, Parlamente zu besetzen,
54 politische Arbeit stören, Sicherheitsbehörden unterwandern und zu
55 Infektionsrisiken für große Teile der Bevölkerung werden. Es darf nicht
56 weggeschaut werden, wenn rechte und antisemitische Symbole auf Demonstrationen
57 verwendet werden. Die immer wieder vorkommende Relativierung der NS-Verbrechen
58 und der Shoa sind unerträglich und gehören konsequent und entschlossen verfolgt.
59 Hier bedarf es einer konsequenten Kontrolle, Erfassung und Anklage der
60 Täter*innen. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine Änderung des
61 Versammlungsrechts nach Berliner Vorbild des "Versammlungsfreiheitsgesetz" aus:
62 Antisemitische und neonazistische Demonstrationen dürfen nicht mehr an
63 relevanten Orten und Tagen der Erinnerungskultur stattfinden. Auf den
64 Demonstrationen der Verschwörungsideolog*innen kommt es zudem immer wieder zu
65 Angriffen gegenüber Pressevertreter*innen, die wir aufs Schärfste verurteilen!
66 Es ist Ziel der Verschwörungsideolog*innen, das Vertrauen in die Medien zu
67 beschädigen oder gar zu zerstören. Es darf nicht sein, dass Journalist*innen
68 Angst haben müssen vor Übergriffen, weil sie nicht darauf vertrauen können, dass
69 die Polizei sie davor schützt. Die Pressefreiheit muss unter allen Umständen
70 gewährleistet sein - nur so können wir uns gegen die Verschwörungsideologien
71 stellen! Angesichts des weiterhin massiven Infektionsgeschehens fordern wir
72 zudem, dass Demonstrationen, die Hygienevorschriften gezieht missachten,
73 aufgelöst werden, wenn eine Durchsetzung der Hygienemaßnahmen nicht möglich ist.
74 Die systematische Unterschätzung der Verschwörungs-Demonstrationen von Seiten
75

76 der Landesregierungen und Polizeidirektionen muss enden. Auch hier zeigt sich
77 wieder: Die Polizei ist viel zu oft auf dem rechten Auge blind. Doch rechte
78 Narrative lassen sich nur mit breitem zivilgesellschaftlichen Widerstand
79 brechen. Kein Wasserwerfer kann antifaschistisches Engagement von uns allen
80 ersetzen. Nicht zuletzt müssen gezielte Bildungs- und Aufklärungsstrukturen dazu
81 beitragen, Menschen Werkzeug in die Hand zu geben um Verschwörungsglauben zu
82 erkennen und dagegen einstehe zu können. Medienkompetenz, Wissen über
83 wissenschaftliche Prozesse und eine demokratische Debattenkultur müssen dafür
84 gefördert werden. Über die Rolle und Wirkung des Internets gibt es in der
85 Forschung über Verschwörungsideologien unterschiedliche Ergebnisse.
86 Offensichtlich ist aber, dass fehlende demokratische Kontrolle und Mitbestimmung
87 sowie intransparente Handlungsweisen der Social-Media-Plattformen den
88 Akteur*innen der Verschwörungsideologien Tür und Tor öffnen, ihre Lügen und
89 Hetze ungestört zu verhindern. Um dem zu begegnen, braucht es eine öffentliche,
90 demokratische Debatte über Algorithmen, da diese für die Verbreitung von Fake-
91 News und Verschwörungserzählungen besonders offen sind. Wir fordern daher die
92 Offenlegung von Algorithmen um eine demokratische Kontrolle über diese zu
93 ermöglichen! Zudem braucht es ein effektives Vorgehen gegen Hass, Hetze und
94 Verschwörungen im Netz, das sich nicht von rechten Trollarmeen einschüchtern
95 lässt. Wenn entsprechende Beiträge nicht gelöscht werden, muss dies erhebliche
96 Strafen nach sich ziehen. Gleichzeitig muss die Justiz in diesem Bereich
97 gestärkt werden, um eine konsequente strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen.
98 Der immer weiter voran schreitenden Radikalisierung der
99 Verschwörungsideolog*innen müssen wir konsequent begegnen, um sie zu stoppen.
Zusammen stellen wir uns gegen Hass, Hetze und Verschwörungen!

V-1 Platz da! Flächenplanung für die Energiewende

Gremium: Fachforum Ökologie, Luca Brunsch
Beschlussdatum: 09.10.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Windenergieanlagen und Photovoltaik auf Freiflächen sind inzwischen beim Neubau
2 kostengünstigste Art der Energieerzeugung, abgesehen von der
3 Braunkohleverbrennung. Damit wir die Energiewende schaffen können, reicht es
4 aber nicht, dass die Kosten niedrig sind - wir brauchen auch **ausreichend**
5 **geeignete Flächen** und zügige Genehmigungsverfahren. Benötigt werden sowohl die
6 Solarenergie als auch die Windkraft: denn wenn keine Sonne scheint, weht oft der
7 Wind und umgekehrt. Dadurch sinken der Bedarf an Speichern, seltenen Erden und
8 die finanziellen Kosten massiv.

9 Für eine vollständige Energiewende brauchen wir laut dem Umweltbundesamt im
10 Schnitt **mindestens 2% der bundesweiten Flächen**. Besonders windhöffige und
11 relativ dünn besiedelte Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Brandenburg und
12 Niedersachsen müssen dabei besonders große Flächenanteile ausweisen: also
13 **deutlich mehr als 2%**.

14 Es ist absurd, dass Windenergieanlagen deutlich größere Abstände zu Wohnbebauung
15 einhalten müssen, als Kohlekraftwerke. Ab 600 m Entfernung sind neue
16 Windenergieanlagen erfahrungsgemäß nicht mehr zu hören. Die Infraschallbelastung
17 durch ein fahrendes Auto ist höher als durch eine Windenergieanlage. Die meisten
18 Windgegner*innen haben dann auch ein anderes Motiv: insbesondere seit
19 Jahrzehnten ansässige Menschen stören sich an der Veränderung der Landschaft.
20 Absurde Anschuldigungen, wie der angeblich hohe Vogelschlag oder die erwähnte
21 Infraschallbelastung spielen insbesondere beim harten Kern der Windgegner*innen
22 ebenfalls eine Rolle, widersprechen aber den wissenschaftlichen Befunden.

23 **Für uns jüngere Generationen gehören Windenergieanlagen dagegen zum**
24 **Landschaftsbild längst dazu und werden als positiv wahrgenommen: schließlich**
25 **drehen sie sich für unsere Zukunft.**

26 **Die Mindestabstände der Bundesländer wollen wir auf 600m, im Ausnahmefall bis**
27 **800m kürzen.** Um das Flächenziel von mindestens (!) 2% bundesweit in den nächsten
28 15 Jahren zu erreichen, sind auch 1000m Mindestabstände noch zu viel. Näher

29 stehende Einzelhäuser sollen in Ausnahmefällen entschädigt werden können.
30 **Besonders wichtig ist es aber, die 1,5 km Abstand in Nordrhein-Westfalen und die**
31 **10H-Regel in Bayern abzuschaffen.** Der Windkraftausbau in NRW wird dringend zur
32 Beschleunigung des Kohleausstiegs benötigt und in Bayern sind seit Einführung
33 der 10H-Regel praktisch keine Windräder mehr gebaut worden. Falls die
34 Flächenausweisungen der Länder nicht reichen, sollen sie über ein Bundesgesetz
35 dazu verpflichtet werden, ausreichend Erzeugungsflächen für 100% erneuerbare
36 Energien bei Strom, Wärme, Verkehr bis 2035 bereit zu stellen. Zurzeit ist dies
37 der Fall.

38 Auch weitere Planungshemmnisse aus den Landesgesetzgebungen wollen wir abbauen,
39 etwa pauschale Abstände zu Nachbargrundstücken (statt zur Wohnbebauung),
40 allgemeine Regelungen zum Rückbau unter gleichen Bedingungen statt
41 flächendeckend individueller Rückbaugutachten, auch eine Verkürzung der
42 Genehmigungsfristen und Integration sowie Reduktion der Planungsschritte können
43 hilfreich sein. Wir wollen ferner Nullemissionstechnologien wie z.B. mit
44 Grünstrom belieferte Elektrolyseure generell als privilegiertes Bauen
45 einzustufen. Das ist etwa auch nötig, damit Stromüberschüsse endlich
46 weiterverwertet werden können. Wir wollen die Umsetzung von Flugwindkraftwerken
47 ermöglichen, die die ökologische Belastung und den Flächenbedarf möglicherweise
48 signifikant reduzieren können. Vertikalläufer haben dagegen aus physikalischen
49 Gründen kaum
50 nennenswerte Potentiale.

51 Die Größe von Windenergieanlagen zu reduzieren, sehen wir kritisch: bereits
52 etwas kürzere Rotorblätter senken die Energieerzeugung signifikant, weshalb am
53 Ende mehr gebaut werden müssen. Um die Akzeptanz der Windenergie zu erhöhen,
54 wollen wir stattdessen noch stärker als bisher auf **Bürgerenergie und Beteiligung**
55 **von Kommunen** setzen, z.B. mit Privilegierungen im Genehmigungsprozess. Außerdem
56 wollen wir die Gewerbesteuer über die formalen Gemeindegrenzen hinweg nach der
57 Zahl der Anwohner im Umkreis eines Kilometers anteilig an alle angrenzenden
58 Gemeinden verteilen, da die bisherige Praxis oft für Unfrieden sorgt. Eine
59 bedarfsgerechte Steuerung der Leuchtsignale (Befeuerung) wird von der
60 Bundesregierung bereits eingeführt, was die Akzeptanz erhöhen sollte.

61 Es ist auch absurd, dass die Anti-Wind-Lobby es schaffen konnte, den Vogelschutz
62 zu einer Waffe gegen die Energiewende umzufunktionieren, obwohl Glasscheiben,
63 die industrielle Landwirtschaft, und der Autoverkehr um den Faktor Hunderte oder
64 gar Tausende Mal höhere Vogelschlagzahlen zu verzeichnen haben und sich die
65 Bestände der vom Windenergieausbau betroffenen Tiere mit Ausnahme des Bussards
66 stetig erhöhen, ohne dass eine negative Korrelation mit dem Windenergieausbau
67 gezeigt werden kann. Durch Vogeldetektoren und zeitlich begrenztes Abschalten,
68 z.B. zum Schutz lokaler Fledermauspopulationen wollen wir die
69 Naturschutzauswirkungen der Windenergie aber weiter eindämmen. **Nach der**
70 **industriellen Landwirtschaft ist der Klimawandel der weltweite Artenkiller Nr.**
71 **2.**

72 **Grundsätzlich gilt: wir müssen stärker vom individuellen Artenschutz zu einem**
73 **effektiven Schutz von Ökosystemen und Biodiversität übergehen.**

74 Deshalb wollen wir **das signifikante Tötungsrisiko aus dem Genehmigungsverfahren**
75 **nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) streichen.** Das signifikante
76 Tötungsrisiko ist eine aus dem EU-Recht stammende Innovation, die eigentlich auf
77 Phänomene wie den Vogelfang mit Leimruten zielen sollte, und eine sachlich
78 unzulässige Ausweitung erfahren hat. Stattdessen wollen wir verstärkte
79 ökologische Verbundsysteme für den Naturschutz ausweisen und mit einer
80 Agrarwende das Problem bei der Wurzel packen.

81 Tatsächlich relevant ist der Vogelschlag bei Stromtrassen. **Aber auch der**
82 **Netzausbau, besonders von HGÜ-Trassen, ist für eine schnelle Energiewende**
83 **zwingend notwendig:** die bisherige Bundesbedarfsplanung reicht voraussichtlich
84 nicht aus und muss nachgebessert werden (gemeinsam mit einem dezentralen,
85 stärker als bisher nach den lokalen Bedarfen gesteuerten Ausbau). Hier können
86 und müssen auf den Freileitungsabschnitten (abzüglich der Erdverkabelung) für
87 die Vögel visuell auffällige Aufhängungen den Vogelschlag drastisch reduzieren.

88 **Auch für Solaranlagen ist die Flächenplanung relevant.** Wir brauchen und wollen
89 dabei aktuell keine Landesplanung für Photovoltaik einführen, die den Ausbau
90 drastisch verlangsamen würde. Wir brauchen aber ein gut ausgearbeitetes Leitbild
91 für gute fachliche Praxis. So kann Photovoltaik auf Grünflächen einen großen
92 ökologischen Gewinn darstellen, wenn sie intensiv bewirtschaftete Flächen
93 ersetzt - umso mehr, wenn ökologische Kriterien beachtet werden. Ein Anreiz kann
94 die Generierung von Ökopunkten darstellen. Zudem ist eine Beweidung durch Schafe
95 oder eine andere Art der landwirtschaftlichen Nutzung für eine effizientere und
96 ökologischere Flächennutzung sinnvoll. Agrophotovoltaik (bifaziale Ost/West-
97 Anlagen) kann auch auf Flächen in Deutschland möglicherweise wirtschaftlich
98 sein. Solarer Wasserstoff hat nur 1/4-1/5 des Flächenbedarfs von Energiepflanzen
99 für Biogasanlagen und ist im Vergleich hierzu die bessere Alternative. Deshalb
100 wollen wir die Biogasanlagen zukünftig - bis zum technischen Maximum - möglichst
101 nur noch mit Gülle betreiben. Ergänzend können z.B. Abfälle, die nicht mehr
102 sinnvoll kompostierbar sind, als Gärstoffe dienen.

103 Über Grünflächen-Photovoltaik hinaus, ist es sinnvoll, **bereits belastete Flächen**
104 **zu nutzen.** So ist zu prüfen, inwiefern etwa bifaziale Module auf Autobahnen
105 (Mittelstreifen, Lärmschutzwände) sinnvoll sein können. Auch die
106 Dachflächenphotovoltaik muss ihr Potential endlich ausschöpfen. Wir sehen nicht
107 erst die Kommunen, sondern schon die Länder in der Pflicht zur Erstellung von
108 Dachflächenkatastern für PV und Solarthermie. Idealerweise soll die **Solarpflicht**
109 auf Neubauten, die zum Beispiel in Bremen schon umgesetzt wird, bundesweiter
110 Standard werden, sie kann aber auch von Ländern und Kommunen umgesetzt werden.
111 Wichtig ist jedoch auch, dass staatliche Stellen mit gutem Beispiel vorangehen
112 und alle geeigneten Gebäude der öffentlichen Hand schnellstmöglich mit
113

114 Photovoltaik ausgestattet werden. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien
115 voranzubringen sollte außerdem geprüft werden, welche Lockerungen beim
Denkmalschutz sinnvoll sind.

116 Eine entscheidende Herausforderung ist zudem das Bereitstellen von Flächen für
117 die **kommunale Wärmewende**. Lokale Wärmenetze bieten die Möglichkeit, auch große
118 Wärmeerzeuger, wie großflächige Freiflächen-Solarthermie oder Geothermie in die
119 Wärmeversorgung einzubinden und über Einspeisetarife und Umlagesysteme ohne
120 Haushaltsausgaben zu fördern. Für die Erzeugung und die Anlagen (insbesondere
121 Freiflächen-Solarthermie) werden jedoch teilweise große Flächen benötigt, was
122 bei der Flächenplanung in den meistens dicht besiedelten Gebieten besonders
123 berücksichtigt werden muss. Diese Flächenplanung sollte mit einer kommunalen
124 Wärmeplanung kombiniert werden, bei der alle Potenziale und Bedarfe an Wärme,
125 Abwärme und Kälte kartografiert und aufeinander abgestimmt werden. Diese
126 Planungen müssen stetig nachgebessert und angepasst werden, da auch die Erzeuger
127 und Verbraucher sich stetig verändern. Es ist sinnvoll, frühzeitig vorrangige
128 Anschlussgebiete für das Wärmenetz und vorrangige Sanierungsgebiete für die
129 energetische Sanierung auszuweisen, damit die Bürger*innen frühzeitig wissen,
130 wohin die Reise geht. Um die zur kostendeckenden Finanzierung nötige Dichte an
131 Abnehmern sicher zustellen, sollte im Zweifelsfall auch eine Anschlusspflicht an
132 das Wärmenetz verfügt werden.

133 **Platz da für die Energiewende! Unsere Kernforderungen für eine klimagerechte** 134 **Flächenplanung:**

- 135 • Mindestens 2% der Flächen in Deutschland für die erneuerbare
136 Energieerzeugung bereitstellen

- 137 • Mindestabstände bei Windrädern runter auf 600m

- 138 • Planungshürden in Bund und Ländern abbauen

- 139 • Naturschutz und Energiewende durch technische Lösungen bei Windanlagen und
140 Stromtrassen versöhnen

- 141 • Gleichberechtigung zwischen Windenergieanlagen und Glasscheiben! Schluss
142 mit der Anwendung des Jagdrechts (individuelles Tötungsverbot) auf
143 Windenergieanlagen.

- 144 • Photovoltaik und Landwirtschaft: Flächen doppelt nutzen, belastete Flächen
145 ausnutzen

- 146 • Biogasanlagen bis zum technischen Maximum auf Güllebasis betreiben

147

- Solarpflicht auf Neubauten und Bestandsgebäuden

148

- Kommunale Planung für erneuerbare Wärmenetze

V-2 Klimabürger*innenräte statt Klimakrise!

Antragsteller*in: Bundesvorstand, Anka Esser, Marlene
Jahn, Robin Miller, Nando Spicker
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die Klimakrise ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. In den
2 kommenden Monaten und Jahren müssen so tiefgreifende Veränderungen eingeleitet
3 werden wie vielleicht nie zuvor - und zugleich bleibt dafür nur noch sehr wenig
4 Zeit. Das erfordert neue Wege für ein starkes Miteinander. Klimabürger*innenräte
5 stellen ein wirkmächtiges Instrument dar, um Gräben zu überwinden und den
6 Austausch und die gemeinsame Einigung zwischen Menschen unterschiedlichster
7 Hintergründe möglich zu machen. Sie ermöglichen direktdemokratische Mitsprache,
8 untermauern dies jedoch mit einem starken wissenschaftlichen Fundament.
9 Klimabürger*innenräte formen auf diese Weise ein besseres Verständnis und eine
10 größere Akzeptanz für die klimapolitischen Umwälzungsprozesse, die uns
11 bevorstehen.

12 Ein Klimabürger*innenrat ist ein repräsentativ aus der Bevölkerung
13 zusammengesetztes Gremium, das sich systematisch mit Fragen des Klimaschutzes
14 und der dafür notwendigen Veränderungen auseinandersetzt. Dafür stehen dem Rat
15 Expert*innen aus Klimawissenschaft und weiteren relevanten Fachgebieten zur
16 Seite. Ein so konzipierter Klimabürger*innenrat kann ein starker Hebel für
17 dringend benötigte Maßnahmen sein, weil er zugleich wissenschaftlich abgesichert
18 und gesellschaftlich akzeptiert ist. Die Erfahrungen beispielsweise in Irland
19 und Frankreich zeigen, dass ein solches Gremium hohe Zustimmungsraten in der
20 Bevölkerung genießt und damit in der Lage ist, zukunftsweisende Veränderungen
21 anzustoßen.

22 Der Klimabürger*innenrat kann so fundierte Maßnahmenpakete zu der Frage
23 erarbeiten, wie wir die im Pariser Klimaschutzabkommen beschlossenen Klimaziele
24 einhalten können und unseren Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise leisten
25 können.

26 Diese Maßnahmen werden dann im Bundestag zur Abstimmung vorgelegt. Lehnt der
27 Bundestag den vom Klimarat erarbeiteten Fahrplan für ein klimaneutrales
28 Deutschland ab, wird dieser in einer einmaligen direktdemokratischen Abstimmung
29 unter allen Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben,
30 entschieden.
31 Bevölkerungsentscheide ohne einer solchen fachlich-fundierte Vorbereitung

32 bergen gefährliche Anfälligkeit für Populismus und Unsachlichkeit.

33 Der Klimabürger*innenrat soll vom Bundestag einberufen werden. Ein solcher Rat
34 muss die Bevölkerung abbilden. Deshalb werden die Teilnehmenden per gestaffelter
35 Zufallsauswahl nach Kriterien wie dem Wohnort, Gender, Alter, Bildungsabschluss
36 und Migrationsgeschichte bestimmt. Der Klimabürger*innenrat wird permanent von
37 Wissenschaftler*innen und nicht kommerziellen Interessenvertretungen in seinem
38 Prozess begleitet. Wie nach dem Beispiel in Frankreich sollen Teilnehmer*innen
39 dadurch in ihren Vorschlägen und Debatten permanente Unterstützung in fachlichen
40 Fragen bekommen, damit Rahmenbedingungen für sachliche Diskussionen und
41 Lösungswege geschaffen werden.

42 Der Bürger*innenrat erarbeitet konkrete Empfehlungen für den klimaneutralen
43 Umbau unserer Gesellschaft. Durch eine finanzielle Entschädigung,
44 Kinderbetreuung und sonstige bedarfsgerechte Unterstützung sollen Barrieren
45 abgebaut werden, damit auch diejenigen teilnehmen können, denen bei
46 konventionellen Verfahren eine Beteiligung erschwert würde.

47 Wenn sich der Verfahren bewährt, soll geprüft werden, ob das Konzept der
48 Bürger*innenräte in einem nächsten Schritt auch auf Landes- und kommunaler Ebene
49 und auf weitere gesellschaftlich umstrittene Fragen ausgeweitet werden soll.

Begründung

erfolgt mündlich.